



Wahlrecht als Demokratiedefizit

## Du hast die Wahl! – Und du nicht.

**Superwahljahr wird es genannt, wenn mehr als zwei große Wahlereignisse Österreich innerhalb eines Kalenderjahres ereilen. Dabei ist das Wahljahr gar nicht für alle super. Unter den rund 8,4 Millionen Personen, die innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen Österreichs leben, sind etwa 1,3 Millionen aufgrund der Altersgrenze von sechzehn Jahren vom Wahlgang ausgeschlossen, um die zweieinhalbtausend, weil sie dazu verurteilt wurden, und rund achthunderttausend, weil sie (über sechzehn, nicht strafrechtlich verurteilt) die «falsche» Staatsbürger\_innenschaft haben – nämlich keine österreichische.**

**W**enn Demokratisierungen beschrieben werden, taucht gern das Wahlrecht als Parameter auf. Frauendiskriminierung? Wahlrecht! Sturz einer Diktatur? Freie Wahlen! Und das ist kein Grund zum Spott. Immerhin ist es eine hart erkämpfte Errungenschaft von Frauen- und Demokratiebewegungen, ein Zeichen der Mitwirkung von Ausgeschlossenen, eine von mehreren Möglichkeiten, an repräsentativen Demokratien zu partizipieren. Nicht nur, um durch das viel zitierte Kreuzerl alle paar Jahre den Eindruck zu haben, mitbestimmen zu dürfen – sondern weil jede Partizipationsmöglichkeit eventuell die Nebenwirkung haben könnte, dass mensch sich auch für die Politik interessiert, die da veranstaltet wird – und umgekehrt die Veranstalter\_innen ein Auge darauf werfen müssen, wen sie wie sehr regieren können.

«Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten», ist ein etwas abgeputschter Spruch, den anarchistische Aktivist\_innen gerne auf Laternenpfähle und Stromkasterl kleben. Was dieser Luxus-kinderkritik abgeht, ist das Wissen darüber, dass Wahlen ohnehin nicht allen erlaubt ist.

### Mitmachendürfen

Gerd Valchars, Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, forscht zu Fragen von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht. «Was als «allgemeines» Wahlrecht gilt, ist einem Aushandlungsprozess unterlegen», sagt er und verweist auf die sukzessive Senkung des Wahlalters: Mussten unsere Großtanten noch vierundzwanzig werden, so genügte bei

uns der neunzehnte Geburtstag, ab 2003 der achtzehnte, und nachdem Salzburg, Wien und das Burgenland vorgeprescht sind, ist das aktive Wahlrecht seit 2007 auf allen politischen Ebenen ab sechzehn Jahren zugänglich.

Dass wiederum nicht mehr jede strafrechtliche Verurteilung ab einem Jahr automatisch zum Entzug des Wahlrechts führt, ist einem jungen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (2010) zu verdanken. Seit 2011 gilt nunmehr, dass es die Ausschlussmöglichkeit bei bestimmten Delikten mit Freiheitsstrafe ab einem Jahr gibt – das sind etwa Angriffe «gegen den Staat und seine obersten Organe», strafbare Handlungen bei Wahlen und Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz sowie nach dem sogenannten «Mafia-Paragraphen». Der Ausschluss vom Wahlrecht muss als Teilurteil ausgesprochen werden. Entzug demokratischer Rechte als Strafe? Klingt fast ein bisschen nach wie du mir, so ich dir.

Ein international durchaus weit verbreitetes Kriterium, das in Österreich durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes 1987 ausgehebelt wurde, ist der Wahlrechtsausschluss von besachwaltem Personen. Hier liegt, so Valchars, ähnlich wie im Strafvollzug, die Schwierigkeit eher bei der Frage, ob die betroffenen Personen tendenziell darin unterstützt werden, ihr Wahlrecht auszuüben. Ein Recht am Papier allein, ohne die entsprechend niedrigen Schwellen, auch in seinen Genuss zu kommen, führt nicht automatisch zu einer demokratischen Praxis.

Die zahlenmäßig relevanteste Gruppe der vom Wahlrecht Ausgeschlossenen ist die der Nicht-Staatsangehörigen. Sie können in Österreich, anders als in einer



**WahlweXel:**  
25. September, 18 Uhr:  
Auftakt, 20 Uhr: Wahl  
WUK-Foyer  
Währinger Straße 59,  
1090 Wien  
[www.wahlwexel-jetzt.org](http://www.wahlwexel-jetzt.org)  
Für Wähler\_innen mit  
Wahlkarte und vom  
Wahlrecht ausgeschlos-  
sene Wähler\_innen

**Pass egal**  
Nationalratswahl:  
Aktion von 505  
Mitmensch  
24. September, 15 Uhr  
Minoritenplatz, 1010  
Wien  
[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)  
Für Wähler\_innen, die  
aufgrund der Staatsbür-  
gerschaft vom Wahlrecht  
ausgeschlossen sind

**Nationalratswahl:**  
29. September  
in allen Wahllokalen  
bundesweit  
[www.nationalratswahl.at/2013.html](http://www.nationalratswahl.at/2013.html)  
Für Wähler\_innen mit  
österreichischer Staats-  
bürger\_innenschaft,  
über sechzehn Jahren  
und ohne entsprechende  
strafrechtliche  
Verurteilung

**Diskussionsveranstal-  
tung:**  
«Wahlen ändern nichts?!  
Wenn unsere Demokratie  
nichts mehr bewegt, be-  
wegen wir die  
Demokratie!»  
18. September, 18:30  
Uhr  
Burgkino, Opernring 19,  
1010 Wien  
veranstaltet von mehr-  
Demokratie!, IG Demo-  
kratie, Attac-Demokratie

Reihe anderer Länder (deren Demokrati-  
en durchaus keinen Schaden genommen  
haben) – mit Ausnahme von EU-Bürger-  
innen auf kommunaler Ebene –, nicht  
wählen und nicht gewählt werden. «Es  
heißt «Wahlrecht für alle», aber es ist klar  
an die Staatsangehörigkeit geknüpft. Und  
die ist nicht leicht zu bekommen.»

### Dazugehören

Einen Vorstoß, Nicht-Staatsangehörigen  
mit Hauptwohnsitz in Wien ein Wahl-  
recht auf Bezirksebene zu gewähren, gab  
es Anfang der 2000er, als Wien, so Val-  
chars, «gegenüber der schwarzblauen  
Regierung Oppositionsrolle einnehmen  
wollte und gleichzeitig Linz und Graz  
schon Migrant\_innen- oder Integrations-  
beiräte eingeführt hatten – Wien hatte  
nichts dergleichen». Dieser scheinbar ein-  
fache Demokratisierungsversuch wurde  
von Regierung, ÖVP und FPÖ vor den  
Verfassungsgerichtshof (VfGH) getragen  
– und gekippt. Anstatt ihn zum Anlassfall  
zu nehmen, das Wahlrecht zu reformie-  
ren. Aber auch die damalige Opposition  
hat laut Valchars heute kein prioritäres  
Interesse mehr, «das politische Projekt  
«inklusive Wahlrecht» zu betreiben.»

Die Begründung des VfGH lag im  
Wörtchen «Volk», von dem laut Ver-  
fassung das Recht ausgeht, und dessen  
Konsistenz durch die Wiener Utopie in  
Frage gestellt wurde. Wer dieses «Volk»  
sein soll, ist allerdings ohnehin Inter-  
pretationssache. Das Gerichtsurteil stär-  
kte der Idee den Rücken, ein «Volk» er-  
gebe sich durch idente Reisepässe. Dass  
das durchaus ideologisch ist, argumen-  
tiert der Staatswissenschaftler Valchars  
so: «Nicht wer Teil des Volkes ist, ist des-  
halb zur politischen Mitsprache berech-  
tigt, sondern wer zur politischen Mit-  
sprache berechtigt ist, ist deshalb Teil des  
Volkes. Nicht wer Bürger\_in ist, ist wahl-  
berechtigt, sondern wer wahlberechtigt  
ist, gilt daher als Bürger\_in. Und wahlbe-  
rechtigt sind legitimerweise alle, die von  
den getroffenen Entscheidungen im po-  
litischen Gemeinwesen dauerhaft betrof-  
fen und den Gesetzen unterworfen sind.»



FOTO: APRA / THOMAS PRESS

Frei nach einem anderen Aufkleber, der Stromkasterl und Laternenpfähle zielt: «Alle die hier sind, sind von hier.»

Und was würde es brauchen, um Partizipation für alle zu ermöglichen, die aufgrund ihrer Betroffenheit zur Mitsprache berechtigt sein sollten, weil sie eben im politischen Handlungs- und Wirkungsbereich namens Österreich leben? «Ich sehe zwei Wege, die einander nicht ausschließen: Es braucht ab einer bestimmten Wohnsitzdauer, die definitiv unter zehn Jahren liegen muss, einen unkontingierten Rechtsanspruch auf die österreichische Staatsangehörigkeit. Und es braucht eine Öffnung des Wahlrechts für Personen, die aus guten Gründen von einem Wechsel ihrer Staatsangehörigkeit absehen möchten und trotzdem hier leben.» Klingt eigentlich ganz simpel.

### Stimmentausch

Fanny Müller-Uri ist Mitinitiatorin des heurigen «WahlweXels». 2002 vom antirassistischen Netzwerks ENARA in die Welt gesetzt, ist diese Aktion im Vorfeld der Nationalratswahlen dazu angelegt, die «real existierende Demokratie» herauszufordern. Wähler\_innen können dabei einer Person ihre Wahlstimme überlassen, der das Wählen von Rechts wegen untersagt wird. Das funktioniert so: Eine wahlberechtigte Person besorgt sich eine

Wahlkarte. Am 25. September kommen in einem «WahlweXel-Lokal» (s. Info) erlaubte und unerlaubte Wähler\_innen zusammen. Die Wahlberechtigte wählt, was der Nicht-Wahlberechtigte vorgibt (Und wenn ihr das politisch unmöglich erscheint? «Dann muss halt diskutiert werden»). Worum es nicht gehen soll: Es ist zu belegen, dass «die» Migrant\_innen anders, gleich, linker, rechter oder auf sonstige Art homogen wählen. Es geht einzig darum, zu sagen: Diese Demokratie ist eine unvollkommene Demokratie. Sie gilt nur für manche. Was dem Sinn der Demokratie widerspricht.

Fanny Müller-Uri nennt es einen Akt der Sabotage, die eigene Stimme herzugeben anstatt sie überzubewerten: «Die Demokratie hat Lücken, die sich ausnützen lassen, um die Demokratie zu erweitern. Es geht immer schon um Kämpfe der Inklusion.»

Wie sich trefflich anhand der Kategorie Geschlecht zeigen lässt, so Gerd Valchars: «Auch hier gab es bis 1919 einen legitimierte Ausschluss, der heute völlig tabu ist.»

Heute gilt, wer Frauen das Wählen untersagt, als quasi barbarisch. Das heißt – Frauen mit entsprechender Staatsbürger\_innenschaft. Wieso soll es also unvorstellbar sein, dass in zwanzig Jahren darüber gelacht wird, wie anachronistisch einst Österreich sich gebärdete? Kein Wohnbürger\_innenwahlrecht?

Wahlrechtsentzug nach Strafverfahren? Haha, heute undenkbar.

### Demokratie in Frage stellen, um Demokratie zu stärken

Bewegt sich Demokratie insgesamt weg von der Repräsentation? Gerd Valchars: «Es gibt sicherlich eine Bewegung hin zu mehr direkter Demokratie. Aber die entgegen der Wahlrechtsfrage nicht. Entweder wir sprechen von Volksbegehren und -abstimmungen, dann ist es ebenso relevant wie bei jeder Wahl, wer mitmachen darf. Oder wir gehen von Partizipation auf lokaler Ebene aus – dann kann die sicherlich ohne formale Staatsangehörigkeit auskommen, wird sich aber in bestimmte politische Fragen auch nicht einmischen können.»

Dass auch der «WahlweXel» die Demokratie nicht von heute auf morgen revolutionieren wird, ist für Fanny Müller-Uri nicht zentral: «Es geht darum, öffentliche Debatten anzukurbeln, wie Teilhabe an der Demokratie aussieht. Darüber besteht ein großes Nichtwissen. Ständig ist von Politikverdrossenheit die Rede – dabei ist der Großteil der Leute wahrscheinlich nur darüber verdrossen, was als Politik verkauft wird.» Ein Interesse an Demokratie entwickeln heißt eben mehr als wählen gehen. Und das könnte der «real existierenden Politik» tatsächlich unangenehm werden.

Lisa Bolyos